

**Satzung der Hochschule Aalen - Technik und  
Wirtschaft - über die Durchführung von Wahlen  
(Wahlordnung)**

**vom 18. Februar 2019**

**Lesefassung vom 18. Februar 2019**

Aufgrund von § 9 Abs. 8 Satz 5 und § 19 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz - LHG) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. März 2018 (GBl. S. 85), hat der Senat der Hochschule am 13. Februar 2019 folgende Wahlordnung beschlossen.  
Mit Verfügung vom 18. Februar 2019 hat der Rektor der Wahlordnung zugestimmt.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Abschnitt 1: Geltungsbereich, Grundsätze .....</b>	<b>4</b>
§ 1 Geltungsbereich .....	4
§ 2 Wahlgrundsätze und Wahlsystem.....	4
 <b>Abschnitt 2: Wahlen zum Senat und zum Fakultätsrat.....</b>	<b>5</b>
§ 3 Zeitpunkt der Wahlen, Online-Wahlen .....	5
§ 4 Aktives und passives Wahlrecht; Wahlstichtag .....	5
§ 5 Unbesetzte Sitze, Mitgliedschaft ohne Wahl .....	6
§ 6 Wahlorgane und Wahlhelfer.....	6
§ 7 Wahlleitung, Aufgaben .....	7
§ 8 Wahlausschreiben.....	8
§ 9 Wählerverzeichnis .....	9
§ 10 Wahlvorschläge.....	10
§ 11 Behandlung der Wahlvorschläge und Beschlussfassung .....	11
§ 12 Wahlbekanntmachung.....	13
§ 13 Stimmzettel und Wahlumschläge .....	14
§ 14 Wahlhandlung .....	14
§ 15 Stimmabgabe bei Online-Wahl.....	15
§ 16 Beginn und Ende der Online-Wahl.....	16
§ 17 Störungen der Online-Wahl.....	16
§ 18 Technische Anforderungen .....	16
§ 19 Stimmabgabe bei Urnenwahl .....	17
§ 20 Briefwahl.....	19
§ 21 Ende der Abstimmung.....	20
§ 22 Ermittlung des Abstimmungsergebnisses bei Urnenwahl .....	20
§ 23 Feststellung des Wahlergebnisses bei Online-Wahl .....	21
§ 24 Feststellung des Wahlergebnisses, Wahlunterschrift.....	22
§ 25 Bekanntmachung des Wahlergebnisses, Benachrichtigung der Gewählten .....	23
§ 26 Wahlprüfung .....	23
§ 27 Aufbewahrung der Wahlunterlagen.....	24
§ 28 Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Eintritt von Ersatzmitgliedern, Nachwahl .....	25
§ 29 Fristen .....	25
§ 30 Veränderungen in der Gruppenzugehörigkeit .....	26
§ 31 Stimmrechtsübertragung .....	26

---

**Abschnitt 3 - Wahl der nebenamtlichen Rektoratsmitglieder, der Dekanatsmitglieder, der Studiendekaninnen und Studiendekane, der Studiengangskordinatorinnen und -koordinatoren sowie der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen... 26**

§ 32 Wahl des nebenamtlichen Rektoratsmitglieds (Prorektorin oder Prorektor) .....	26
§ 33 Wahl der Dekanin oder des Dekans.....	27
§ 34 Wahl der Dekanatsmitglieder sowie weiterer Studiendekaninnen oder Studiendekane und Studiengangskordinatorinnen oder -koordinatoren .....	27
§ 35 Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Vertreterinnen .....	27
§ 36 Bekanntgabe des Wahlergebnisses.....	28
§ 37 Nichtanwendbarkeit von Befangenheitsvorschriften .....	28
§ 38 Inkrafttreten, Außerkrafttreten .....	28

## **Abschnitt 1: Geltungsbereich, Grundsätze**

### **§ 1 Geltungsbereich**

- (1) Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen der Mitglieder
  - des Senats gemäß § 19 Absatz 2 LHG,
  - der Fakultätsräte gemäß § 25 Absatz 2 LHG, jeweils in Verbindung mit der Grundordnung der Hochschule Aalen.
- (2) Für die Wahl der
  - nebenamtlichen Rektoratsmitglieder gemäß § 18 Absatz 6 LHG,
  - Dekanin oder des Dekans gemäß § 24 Absatz 3 LHG,
  - Prodekanin oder des Prodekans gemäß § 24 Absatz 4 LHG,
  - Studiendekanin oder des Studiendekans gemäß § 24 Absatz 5 LHG,
  - Studiengangskoordinatorin oder des Studiengangskoordinators gemäß § 17 der Grundordnung,
  - Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Vertreterinnen gemäß § 4 Absatz 2 LHG jeweils in Verbindung mit der Grundordnung der Hochschule Aalen.

### **§ 2 Wahlgrundsätze und Wahlsystem**

- (1) Die Wahlen erfolgen in freier, gleicher und geheimer Wahl. Die Bildung von Wahlkreisen ist unzulässig.
- (2) Verhältniswahl findet statt, wenn von einer Wählergruppe drei oder mehr Vertreter zu wählen sind und von dieser Wählergruppe mindestens zwei gültige Wahlvorschläge eingereicht wurden, die zusammen mindestens doppelt so viele Bewerber enthalten wie Mitglieder zu wählen sind. Dies gilt nicht für die Wahlen der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zum Senat.
- (3) Mehrheitswahl mit Bindung an die vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber findet statt, wenn die Voraussetzungen für die Verhältniswahl nach Absatz 2 nicht gegeben sind und mindestens ein gültiger Wahlvorschlag vorliegt. Mehrheitswahl findet immer statt für die Wahlen der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zum Senat.
- (4) Gewählt wird auf Grund von Wahlvorschlägen, die durch ein Kennwort bezeichnet werden. Ein Kennwort darf nicht zugelassen werden, wenn es den Anschein erweckt, als handele es sich um die Liste einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung oder wenn das Kennwort beleidigend wirken könnte. Der Wahlvorschlag erhält den Namen der ersten Bewerberin oder des ersten Bewerbers.

## Abschnitt 2: Wahlen zum Senat und zum Fakultätsrat

### § 3 Zeitpunkt der Wahlen, Online-Wahlen

- (1) Die Wahlleitung bestimmt im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss und dem Rektorat, ob die Wahl als Urnenwahl mit der Möglichkeit der Briefwahl oder als internetbasierte Online-Wahl durchgeführt wird. Die Online-Wahl ist nur dann zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der freien und geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl gewahrt sind. Wird die Wahl als Online-Wahl durchgeführt, so ist die Möglichkeit der Briefwahl an der Hochschule Aalen nicht zulässig.
- (2) Die Wahl soll innerhalb eines Semesters durchgeführt werden. Die Abstimmung muss während der Vorlesungszeit stattfinden. Der Wahltag bei Urnenwahl bzw. die Dauer der Abstimmungszeit bei Online-Wahl wird von der Wahlleitung in Abstimmung mit dem Rektor bzw. der Rektorin festgesetzt. Der Abstimmungszeitraum kann sich auf mehrere Tage erstrecken. Der Abstimmungszeitraum ist so zu wählen, dass eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erwarten ist. Der Wahlzeitraum bei Online-Wahl umfasst i.d.R. einen Zeitraum von mindestens 10 und höchstens 14 Tagen.
- (3) Die Wahlen zum Senat und zu den Fakultätsräten sollen gleichzeitig durchgeführt werden. In diesem Fall sind die Wahlorgane nach § 6 dieselben.

### § 4 Aktives und passives Wahlrecht; Wahlstichtag

- (1) Das aktive und passive Wahlrecht zum Senat und zum Fakultätsrat richtet sich nach § 9 Absatz 1, 3, 4 und 7, § 10 Absatz 1 Satz 3, § 22 Absatz 3 und 4, § 48 Absatz 5 Satz 2, § 60 Absatz 1, § 61 Absatz 2 Satz 2 LHG sowie § 3 der Grundordnung der Hochschule Aalen. Das Wahlrecht zum Fakultätsrat und das Wahlrecht der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zum Senat beschränkt sich auf die Mitglieder der jeweiligen Fakultät.
- (2) Das Wahlrecht wird nach Gruppen getrennt ausgeübt. Je eine Gruppe für die Vertretung im Senat und im Fakultätsrat bilden
  1. die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 LHG,
  2. die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 LHG in Verbindung mit § 4 Nr. 2 der Grundordnung,
  3. die sonstigen hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 Nr. 5 LHG in Verbindung mit § 4 Nr. 4 der Grundordnung,
  4. die Studierenden gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 LHG.
- (3) Wählen und gewählt werden können nur Mitglieder und Angehörige nach Absatz 2, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind. Maßgebender Zeitpunkt für die Wahlberechtigung und Wählbarkeit (Wahlstichtag) ist der Tag des Abschlusses des Wählerverzeichnisses.

- (4) Wer wahlberechtigt ist und dabei mehreren Wählergruppen oder mehreren Fakultäten angehört, ist nur in einer Wählergruppe beziehungsweise in einer Fakultät wahlberechtigt. Die betreffende Person hat sich innerhalb der im Wahlausschreiben genannten Frist gegenüber dem Wahlleiter schriftlich zu erklären, in welcher Gruppe oder Fakultät das Wahlrecht ausgeübt werden soll. Die Erklärung ist für die jeweilige Wahl unwiderruflich; sie gilt für alle zum selben Zeitpunkt stattfindenden Wahlen. Studierende, die mehreren Fakultäten angehören geben diese Erklärung bei der Einschreibung ab. Wird keine Erklärung abgegeben, entscheidet die Wahlleitung nach dem Zufallsprinzip, in welcher Gruppe oder Fakultät das Wahlrecht ausgeübt wird. Abweichend von Satz 2 legen Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach § 10 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 LHG, die keiner Fakultät angehören, durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Rektorat fest, in welcher Fakultät sie ihre Mitwirkungsrechte wahrnehmen wollen; Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die durch Kooptation weiteren Fakultäten der eigenen Hochschule angehören, sind in diesen nicht wahlberechtigt; Satz 5 ist nicht anwendbar.
- (5) Die gleichzeitige Amts- und Wahlmitgliedschaft im selben Gremium mit Stimmrecht ist ausgeschlossen (§ 9 Absatz 3 LHG).
- (6) Professurvertreterinnen oder -vertreter sowie Professorinnen und Professoren anderer Hochschulen, die an der Hochschule Aalen Lehrveranstaltungen mit einem Anteil ihrer Lehrverpflichtung abhalten, sind nicht wahlberechtigt und nicht wählbar.
- (7) Teilnehmer des Orientierungssemesters sind nicht wahlberechtigt und nicht wählbar.

## **§ 5 Unbesetzte Sitze, Mitgliedschaft ohne Wahl**

- (1) Gehören einer Mitgliedergruppe nicht mehr Mitglieder an, als Vertreterinnen oder Vertreter zu wählen sind, so werden diese ohne Wahl Mitglieder des Gremiums.
- (2) Werden für die Gruppen nach § 4 Absatz 2 insgesamt weniger Bewerberinnen und Bewerber benannt, als zu wählen sind, oder werden insgesamt weniger Bewerberinnen und Bewerber gewählt, als der jeweiligen Gruppe zustehen, bleiben die jeweiligen Sitze vorläufig unbesetzt. Eine Nachwahl findet zu dem in nach § 28 Absatz 5 bestimmten Zeitpunkt statt.

## **§ 6 Wahlgorgane und Wahlhelfer**

- (1) Wahlgorgane sind der Wahlausschuss, die Abstimmungsausschüsse, der Wahlprüfungsausschuss und die Wahlleitung. Werden Online-Wahlen durchgeführt, entfallen die Abstimmungsausschüsse.
- (2) Wahlbewerberinnen und -bewerber sowie Vertreterinnen und Vertreter eines Wahlvorschlags können nicht Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder dieser Organe sein.
- (3) Die Rektorin oder der Rektor bestellt die Mitglieder der Wahlgorgane und, soweit vorgesehen, ihre jeweilige Stellvertretung aus dem Kreis der Mitglieder der Hochschule

und verpflichtet sie schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgaben. Die Bestellung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.

- (4) Zur Unterstützung der Wahlleitung bestellt der Rektor ggf. wahlberechtigte Mitglieder der Hochschule schriftlich als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zur Unterstützung bei der Stimmabgabe und Stimmenzählung bei Urnenwahl. Die Bestellung zur Wahlhelferin oder zum Wahlhelfer ist verpflichtend und kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Über die Berechtigung einer Ablehnung entscheidet das Rektorat.
- (5) Dem Wahlausschuss obliegt die Beschlussfassung über die eingereichten Wahlvorschläge sowie die Feststellung des Wahlergebnisses. Er führt zusammen mit der Wahlleitung die Gesamtaufsicht über die Wahlen. Der Wahlausschuss besteht aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzerinnen oder Beisitzern.
- (6) Im Fall der Urnenwahl leitet in jedem Wahlraum ein Abstimmungsausschuss die Abstimmung und achtet darauf, dass diese ordnungsgemäß stattfindet. Der Abstimmungsausschuss besteht aus einer Vorsitzenden oder einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzerinnen oder Beisitzern. Der Wahlausschuss kann gleichzeitig die Aufgaben eines Abstimmungsausschusses wahrnehmen.
- (7) Der Wahlausschuss kann gleichzeitig die Aufgaben nach Absatz 2 eines Abstimmungsausschusses wahrnehmen.

## **§ 7 Wahlleitung, Aufgaben**

- (1) Die Wahlleitung sichert die technische Vorbereitung und die Durchführung der Wahlen. Die Wahlleitung soll die Beschlüsse des Wahlausschusses durch Vorschläge vorbereiten. Sie nimmt an den Sitzungen des Wahlausschusses mit beratender Stimme teil. Sie führt die Beschlüsse des Wahlausschusses aus.
- (2) Die Wahlleitung hat insbesondere folgende Aufgaben:
  1. Aufstellung des Terminplans,
  2. Erstellung und Vorlage des Verzeichnisses der Wahlberechtigten,
  3. Erstellung des Wahlausschreibens,
  4. Regelung des Verfahrens zur Prüfung der Wahlvorschläge und der Einsprüche gegen das Verzeichnis der Wahlberechtigten,
  5. Erstellung eines Vorschlags zur Bestellung der Gremienmitglieder, ggf. Wahlhelferinnen und Wahlhelfer,
  6. Bekanntmachung des Wahlausschreibens,
  7. Ausgabe der Vordrucke für die Wahlvorschläge,
  8. Entgegennahme der Wahlvorschläge,
  9. unverzügliche Überprüfung der Wahlvorschläge,
  10. Rückgabe ungültiger und / oder unvollständiger Wahlvorschläge,

11. gegebenenfalls Festlegung einer Nachfrist für das Einreichen von Wahlvorschlägen
  12. Nummerierung der gültigen Vorschläge der Gruppe in der Reihenfolge ihres Eingangs,
  13. Veröffentlichung der Wahlbekanntmachung,
  14. bei Urnenwahl Aushändigung oder Übersendung der Briefwahlunterlagen und Verzeichnung im Verzeichnis der Wahlberechtigten,
  15. gegebenenfalls Entgegennahme der Briefwahlunterlagen,
  16. Auszählung, bzw. Auswertung der Ergebnisse
  17. Niederschrift des Wahlergebnisses.
- (3) Bekanntmachungen und Mitteilungen der Wahlleitung werden am Anschlagbrett „Amtliche Mitteilungen“ der Hochschule Aalen veröffentlicht oder an den dafür vorgesehenen Stellen ausgehängt, soweit in dieser Wahlordnung keine abweichenden Regelungen getroffen sind.
- (4) In Zweifelsfällen entscheidet die Rektorin oder der Rektor in Absprache mit der Wahlleitung.

## **§ 8 Wahlausschreiben**

- (1) Die Wahlleitung macht spätestens 28 Tage vor dem Wahltag das Wahlausschreiben bekannt. Das Wahlausschreiben muss vom Tage seines Erlasses bis zum Abschluss der Stimmabgabe aushängen. Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können vom der Wahlleitung jederzeit berichtigt werden.
- (2) Das Wahlausschreiben muss enthalten:
1. Ort und Tag seiner Bekanntmachung,
  2. die Anzahl der für die einzelnen Gremien zu wählenden Mitglieder sowie deren Amtszeit, getrennt nach Gruppen,
  3. Zeit und Ort für die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und in die Wahlordnung,
  4. die Mitteilung, unter welchen Voraussetzungen und, soweit bereits bekannt, in welchen Gruppen und für welche Gremien eine Wahl gemäß § 5 Absatz 1 entbehrlich ist,
  5. den Hinweis, dass das Wahlrecht nur hat, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist und sich in der vorgeschriebenen Art vor der Stimmabgabe ausweisen kann,
  6. den Hinweis, dass Wahlberechtigte, die mehreren Wählergruppen oder mehreren Fakultäten angehören, nur in einer Wählergruppe bzw. in einer Fakultät wahlberechtigt sind sowie Frist und Form für die Erklärung und Adressat der Erklärung, in welcher Gruppe oder Fakultät das Wahlrecht ausgeübt werden soll (§ 4 Absatz 4),
  7. den Hinweis auf die Möglichkeit, Widerspruch gegen das Wählerverzeichnis einzulegen sowie die Form und die Frist für einen solchen Widerspruch,
  8. die Zahl der für die Wahlvorschläge jeweils erforderlichen Unterschriften,



9. die Aufforderung, möglichst unter Verwendung der Vordrucke, bis zum 15. Werktag vor dem Wahltag Wahlvorschläge bei der Wahlleitung einzureichen; der letzte Tag der Einreichungsfrist ist anzugeben,
10. den Hinweis, dass jedes Hochschulmitglied für die Wahl eines Gremiums nur auf jeweils einem Wahlvorschlag benannt werden darf,
11. den Hinweis, dass jedes Hochschulmitglied jeweils nur einen Wahlvorschlag für die Wahl zu einem Gremium unterzeichnen darf,
12. den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und dass nur gewählt werden kann, wer in einem solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist,
13. den Ort, an dem die Wahlvorschläge bekannt gegeben werden,
14. gegebenenfalls die Regelungen für die Briefwahl mit Angabe der Frist für die Briefwahlanträge und der Stelle, an die solche Anträge zu richten sind,
15. gegebenenfalls einen Hinweis auf die Regelung zur Ungültigkeit der Briefwahl nach § 20 Absatz 6,
16. Abstimmungsorte und Abstimmungszeiten,
17. ob die Wahlen als Urnenwahl oder als Online-Wahl,
18. Ort und Zeit der Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuss,
19. Stelle, bei welcher der Wahlvorschlag einzureichen ist.

## § 9 Wählerverzeichnis

- (1) Wählen und gewählt werden darf nur, wer in das Verzeichnis der Wahlberechtigten (Wählerverzeichnis) eingetragen ist.
- (2) Die Wahlleitung erstellt für jede Wahl ein Wählerverzeichnis. Dieses ist jeweils nach Gruppen zu gliedern. Bei den Wahlen für die Fakultätsräte und der Wahl der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer für den Senat ist zusätzlich eine Gliederung nach Fakultäten vorzunehmen. Es hat zu jeder wahlberechtigten Person folgende Angaben zu enthalten:
  - laufende Nummer,
  - Familienname,
  - Vorname,
  - Akademische Titel,
  - Fakultätszugehörigkeit.
- (3) Das Wählerverzeichnis ist spätestens am 12. Tag vor dem Wahltag abzuschließen und von der Wahlleitung unter Angabe des Datums als richtig und vollständig zu beurkunden. Die Beurkundung ist am Schluss der Eintragung zu vollziehen. Dabei ist zu bestätigen
  1. die Zahl der eingetragenen Stimmberechtigten, getrennt nach Fakultäten und

2. die Zahl der Anträge auf Berichtigung des Wählerverzeichnisses.
- (4) Bei automatisierter Führung des Wählerverzeichnisses ist zum Zeitpunkt des Abschlusses des Wählerverzeichnisses ein Ausdruck herzustellen.
- (5) Die Wahlleitung hat bis zum Abschluss des Wählerverzeichnisses dieses von Amts wegen zu aktualisieren und zu berichtigen. Das Wählerverzeichnis kann bis zum Tag vor dem ersten Wahltag von der Wahlleitung berichtigt oder ergänzt werden, wenn es offensichtliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Änderungen sind als solche kenntlich zu machen, in der Spalte „Bemerkungen“ zu erklären und mit Datum und Unterschrift, im automatisierten Verfahren anstelle der Unterschrift mit einem entsprechenden Hinweis, zu versehen.
- (6) Vom Tage der Bekanntmachung des Wahlausschreibens an ist den Wahlberechtigten die Möglichkeit zur Einsichtnahme zu geben. Das Recht zur Einsichtnahme beschränkt sich auf die Angaben zur eigenen Person. Zur Überprüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Daten anderer im Wählerverzeichnis eingetragener Personen haben Wahlberechtigte nur dann ein Recht auf Einsicht, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann und eine Überprüfung und Auskunft durch die Wahlleitung in diesem Fall nicht ausreichend ist.
- (7) Jedes wahlberechtigte Mitglied der Hochschule kann bei der Wahlleitung schriftlich oder zur Niederschrift bis spätestens zwei Tage vor Abschluss des Wählerverzeichnisses Widerspruch gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses einlegen. Richtet sich der Widerspruch gegen die Eintragung Dritter, so sind diese von der Wahlleitung über den Widerspruch zu unterrichten und am weiteren Verfahren zu beteiligen. Über den Widerspruch entscheidet die Wahlleitung und gibt ihre Entscheidung dem Widersprechenden und gegebenenfalls betroffenen Dritten unverzüglich bekannt. Ist der Widerspruch begründet, hat die Wahlleitung das Verzeichnis zu berichtigen.

## § 10 Wahlvorschläge

- (1) Die Wahlvorschläge sind gesondert für die Wahl der einzelnen Gremien und getrennt nach Gruppen bis spätestens am 15. Werktag, 12.00 Uhr, vor dem Wahltag beim Wahlleiter oder den von ihm beauftragten Stellen einzureichen und mit einem Kennwort zu versehen.
- (2) Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt so viele und darf höchstens dreimal so viele Bewerberinnen und Bewerber enthalten, wie der Gruppe Sitze in dem jeweiligen Gremium zustehen. Die Namen der einzelnen Bewerberinnen und Bewerber sind auf dem Wahlvorschlag untereinander aufzuführen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Jeder Wahlvorschlag muss folgende Angaben enthalten:
  1. die Wahl, für welche die Bewerberinnen und Bewerber benannt werden,
  2. die Gruppe, für welche die Bewerberinnen und Bewerber benannt werden,
  3. Name, Vorname, Fakultät oder zentrale Einrichtung, der die Bewerberin oder der Bewerber jeweils angehört sowie bei Studierenden die Matrikel-Nummer.

Die Wahlvorschläge sollen auf Vordrucken abgegeben werden, die der Wahlleiter ausgibt.

Der Wahlvorschlag kann die Angabe enthalten, dass Bewerberinnen und Bewerber einer Vereinigung an der Hochschule angehören oder dass sie unabhängig sind. Umfasst der Wahlvorschlag mehrere Bewerberinnen und Bewerber, so kann eine Listenbezeichnung angegeben werden. Listenbezeichnungen dürfen keinen Bezug zu Parteien oder zu politischen Ideologien aufweisen.

- (3) Für die Wahlen dürfen nur Hochschulmitglieder vorgeschlagen werden, die für die jeweilige Gruppe und für die betreffende Wahl und für die Wahlen der Fakultätsräte darüber hinaus nur Mitglieder der jeweiligen Fakultät wählbar sind. Die Zustimmung der Aufnahme als Bewerberin oder Bewerber erfolgt durch eigenhändige Unterschrift. Im Falle der Online-Wahl soll hiermit zugleich die Zustimmung für die Weitergabe der Daten der betreffenden Person an den Anbieter der Online-Wahl erklärt werden. Jede Bewerberin und jeder Bewerber darf für die betreffende Wahl nur in einem Wahlvorschlag benannt werden.
- (4) Wird eine Bewerberin oder ein Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen benannt, so gilt der zuerst eingegangene oder der als zuerst eingegangene geltende Wahlvorschlag. In den übrigen Wahlvorschlägen wird die Bewerberin oder der Bewerber gestrichen.
- (5) Jeder Wahlvorschlag muss unterzeichnet sein für die Wahlen zum Senat und zu den Fakultätsräten
  1. bei der Wählergruppe der Studierenden von mindestens 10 Mitgliedern dieser Gruppe,
  2. bei den übrigen Wählergruppen von mindestens drei Mitgliedern der betreffenden Gruppe.
- (6) Wahlvorschläge können nur von Hochschulmitgliedern unterzeichnet werden, die für die betreffende Wahl und Wählergruppe wahlberechtigt sind. Bewerberinnen und Bewerber können gleichzeitig Unterzeichnerinnen oder Unterzeichner des Wahlvorschlags sein. Die Wahlberechtigten können für jede der einzelnen Wahlen nur jeweils einen Vorschlag unterzeichnen. Der Wahlvorschlag soll die unterzeichnende Person nennen, die zur Vertretung gegenüber der Wahlleitung und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen der Wahlleitung und des Wahlausschusses berechtigt ist. Fehlt eine Angabe hierüber, gilt die unterzeichnende Person als berechtigt, die an erster Stelle steht.
- (7) Die Zurücknahme von Wahlvorschlägen, Unterschriften unter einem Wahlvorschlag oder der Zustimmung der Bewerberinnen und Bewerber zur Kandidatur ist nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge zulässig.

## **§ 11 Behandlung der Wahlvorschläge und Beschlussfassung**

- (1) Die im Wahlausschreiben näher bezeichneten Stellen nehmen im Auftrag des Wahlleiters die Wahlvorschläge entgegen.
- (2) Auf den Wahlvorschlägen sind Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Bei berechtigten und erneut eingereichten Wahlvorschlägen ist der Zeitpunkt des Eingangs des berechtigten Wahlvorschlages maßgebend. Sind mehrere Wahlvorschläge gleichzeitig eingegangen, so entscheidet das Los über die Reihenfolge.
- (3) Die Wahlleitung hat die Wahlvorschläge unverzüglich vollumfänglich zu prüfen. Werden

behebbarer Mängel festgestellt, regt sie gegenüber der oder dem vertretungsberechtigten Vorschlagenden unverzüglich unter Rückgabe des Wahlvorschlags die fristgerechte Beseitigung der zu bezeichnenden Mängel an. Die Frist für die erneute Vorlage der Wahlvorschläge endet zu dem in § 10 Absatz 1 Satz 1 bestimmten Zeitpunkt. Wird eine Bewerberin oder ein Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen benannt, so soll sie oder er aufgefordert werden, sich schriftlich zu erklären, für welchen Wahlvorschlag die Kandidatur aufrechterhalten wird. In den übrigen Wahlvorschlägen wird die Bewerberin oder der Bewerber gestrichen. Nicht behebbarer Mängel sind der oder dem vertretungsberechtigten Vorschlagenden mitzuteilen unter Hinweis auf die Möglichkeit der erneuten Einreichung eines Wahlvorschlags bis zu dem in § 10 Absatz 1 Satz 1 bestimmten Zeitpunkt.

- (4) Der Wahlausschuss entscheidet nach Ablauf der Frist gem. § 10 Absatz 1 Satz 1 über die Zulassung der eingegangenen Wahlvorschläge und bestimmt das Wahlverfahren für jede Wahl und jede Gruppe (§ 4 Absatz 2 und 3). Die Entscheidungen und deren jeweilige Begründung sind in eine Niederschrift aufzunehmen, der die eingereichten Wahlvorschläge beizufügen sind.
- (5) Nicht zuzulassen sind Wahlvorschläge, die
  1. nicht fristgerecht eingereicht wurden,
  2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten,
  3. nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Wählergruppe sie gelten sollen,
  4. nicht von der erforderlichen Zahl Wahlberechtigter unterzeichnet wurden,
  5. mehr als die nach § 10 Absatz 2 Satz 1 zulässigen Bewerberinnen und Bewerber aufweisen.
- (6) Im Wahlvorschlag ist eine Bewerberin oder ein Bewerber zu streichen, wenn
  1. unklar ist, um welche Person es sich handelt,
  2. deren Zustimmungserklärung zur Kandidatur fehlt, diese nicht rechtzeitig oder unter einer Bedingung abgegeben wurde,
  3. die- oder derjenige nicht wählbar ist.
- (7) Wird eine Bewerberin oder ein Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen benannt und fehlt eine Erklärung nach Absatz 3 Satz 4, so bleibt die Person im zuerst eingegangenen Wahlvorschlag stehen. In den übrigen Wahlvorschlägen wird die Bewerberin oder der Bewerber gestrichen. Unterzeichnet eine wahlberechtigte Person mehrere Wahlvorschläge für dieselbe Wahl, wird ihr Name unter den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern aller betroffenen Wahlvorschläge gestrichen.
- (8) Wird ein Wahlvorschlag nicht zugelassen, werden Bewerberinnen und Bewerber oder Unterzeichnerinnen oder Unterzeichner gestrichen, so ist dies der Vertreterin oder dem Vertreter des Wahlvorschlags unverzüglich mitzuteilen.
- (9) Ist nach Ablauf der Einreichungsfrist für die einzelnen Wahlen jeweils nicht mindestens ein gültiger Wahlvorschlag für jede Gruppe eingegangen, fordert die Wahlleitung unter Hinweis auf die Folgen zur Einreichung von Wahlvorschlägen innerhalb einer Nachfrist von drei Werktagen (Frist: dritter Werktag, 12:00 Uhr) auf. Geht auch innerhalb der

Nachfrist kein gültiger Wahlvorschlag ein, fällt die Wahl insoweit aus; dies ist im Rahmen der Bekanntmachung nach § 12 unter Angabe der betreffenden Wahl und Gruppe bekannt zu geben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn von einer Wählergruppe ein oder mehrere Wahlvorschläge eingehen, die zusammen weniger Bewerberinnen und Bewerber aufweisen als Sitze zu besetzen sind. § 28 Absatz 3 ist entsprechend anwendbar.

## § 12 Wahlbekanntmachung

- (1) Spätestens am 6. Tag vor dem Wahltag bzw. vor Beginn des Abstimmungszeitraums, erfolgt die hochschulöffentliche Bekanntmachung durch die Wahlleitung. Die Wahlbekanntmachung ist von der Wahlleitung zu unterzeichnen. Diese enthält
  1. die Aufforderung zur Stimmabgabe mit dem Hinweis auf Abstimmungsorte und Abstimmungszeiten,
  2. den Hinweis, dass das Wahlrecht nur hat, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist und sich in der vorgeschriebenen Art vor der Stimmabgabe ausweisen kann,
  3. für jede Wahl und Wählergruppe die Angabe, ob Mehrheitswahl oder Verhältniswahl stattfindet,
  4. die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs,
  5. im Falle der Urnenwahl den Hinweis, dass nur mit amtlichen Stimmzetteln und bei Verwendung von Wahlumschlägen nur mit amtlichen Wahlumschlägen sowie im Falle der Briefwahl nur mit amtlichen Wahlunterlagen gewählt werden darf,
  6. im Falle der Online-Wahl entsprechende Hinweise zur Anmeldung am Anmeldeportal der Online-Wahl,
  7. die Regelungen für die Briefwahl mit Angabe der Frist für die Briefwahanträge und der Stelle, an die solche Anträge zu richten sind,
  8. gegebenenfalls einen Hinweis auf die Regelung zur Ungültigkeit der Briefwahl nach § 20 Absatz 6
  9. gegebenenfalls den Hinweis, zu welchem Gremium in welcher Gruppe eine Wahl entfällt, weil dieser Mitgliedergruppe nicht mehr wählbare Mitglieder angehören als Vertreterinnen oder Vertreter zu wählen sind (§ 5 Absatz 1),
  10. gegebenenfalls den Hinweis, dass eine Wahl ausfällt, weil in der betreffenden Wählergruppe kein gültiger Wahlvorschlag eingegangen ist (§ 11 Absatz 9 Satz 1) oder dass Sitze unbesetzt bleiben werden, weil weniger Bewerberinnen und Bewerber vorhanden sind, als der Wählergruppe Sitze zustehen (§ 11 Absatz 9 Satz 3).
- (2) Die Wahlbekanntmachung ist auch im Wahlraum auszulegen. Der Auslage erfolgt bis zum Ablauf der Stimmabgabe.

## § 13 Stimmzettel und Wahlumschläge

- (1) Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel und Wahlumschläge verwendet werden. Die Wahlleitung achtet darauf, dass für die Wahlberechtigten in den Wahlräumen Stimmzettel und Wahlumschläge in ausreichender Zahl bereitgehalten werden. Auf Wahlumschläge kann für eine Wahl oder für alle Wahlen verzichtet werden.
- (2) Für die einzelnen Wahlen und Wählergruppen können Stimmzettel unterschiedlicher Farbe verwendet werden. Sie müssen die betreffende Wahl jeweils eindeutig bezeichnen. Im Übrigen müssen die Stimmzettel gleich beschaffen sein.
- (3) Werden für die Wahl Wahlumschläge verwendet, müssen diese undurchsichtig, von gleicher Größe und Farbe und amtlich gekennzeichnet sein. Für die einzelnen Wählergruppen können Wahlumschläge verschiedener Größe und Farbe verwendet werden.
- (4) Die Wahlvorschläge sind in der Reihenfolge ihres Eingangs bei der Wahlleitung auf dem jeweiligen Stimmzettel abzdrukken. Die Namen und Vornamen der Bewerberinnen und Bewerber sind entsprechend der Reihenfolge im eingereichten Wahlvorschlag aufzuführen. Als weitere der Identifikation der jeweiligen Personen förderliche Angaben können die Amts- oder Berufsbezeichnung, die Fakultätszugehörigkeit oder Einrichtung der Hochschule für alle Bewerberinnen und Bewerber einer Mitgliedergruppe gleichermaßen aufgenommen werden. Der Stimmzettel muss Felder für das Ankreuzen der einzelnen Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlags vorsehen. Er soll Hinweise für die richtige Markierung des Stimmzettels sowie Angaben zur Art der Wahl (Verhältnis- oder Mehrheitswahl) enthalten. Bei Verhältniswahl ist darauf hinzuweisen, dass die Stimmabgabe auch zu Gunsten der gesamten Liste gewertet wird. Die Listenbezeichnung (§ 10 Abs. 2 Satz 6) ist, soweit vorhanden, als Zusatz aufzuführen. Auf dem Stimmzettel ist deutlich darauf hinzuweisen, wie viele Bewerberinnen und Bewerber höchstens anzukreuzen sind.

## § 14 Wahlhandlung

- (1) Das Wahlrecht wird durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Wahlberechtigten haben ihre Stimme oder Stimmen auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen an der neben dem Namen der Bewerberin oder des Bewerbers hierfür vorgesehenen Stelle persönlich abzugeben. Findet die Wahl als Online-Wahl statt, werden elektronische Stimmzettel verwendet.
- (2) Die Stimmabgabe bei Urnenwahl soll frühestens zwei Wochen nach Ablauf der Ausschlussfrist zur Abgabe der Wahlvorschläge erfolgen.
- (3) Bei Mehrheitswahl hat jede Wählerin oder jeder Wähler so viele Stimmen, wie Mitglieder der jeweiligen Gruppe zu wählen sind. Es kann je Bewerberin oder Bewerber nur eine Stimme abgegeben werden (keine Stimmenhäufung). Es brauchen nicht alle Stimmen abgegeben zu werden.
- (4) Bei Verhältniswahl hat jede Wählerin oder jeder Wähler so viele Stimmen, wie Mitglieder der jeweiligen Gruppe zu wählen sind. Mit der Entscheidung für eine Bewerberin oder

einen Bewerber einer Liste wird zugleich auch die Liste insgesamt gewählt. Es kann je Bewerberin oder je Bewerber nur eine Stimme abgegeben werden (keine Stimmenhäufung). Es brauchen nicht alle Stimmen abgegeben zu werden.

## § 15 Stimmabgabe bei Online-Wahl

- (1) Die Stimmabgabe erfolgt in elektronischer Form. Die Wahlberechtigten geben ihre Stimme in der Weise ab, dass sie für die betreffende Wahl jeweils den dazugehörigen elektronischen Stimmzettel persönlich und unbeobachtet kennzeichnen.
- (2) Die Authentifizierung der Wählerin oder des Wählers erfolgt durch die der jeweiligen Person zur Verfügung gestellten Zugangsdaten des Benutzeraccounts der Hochschule durch Eingabe in der Anmeldemaske des Wahlportals.
- (3) Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend der im Wahlportal enthaltenen Anleitung elektronisch auszufüllen und abzusenden. Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann.
- (4) Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch den Wähler zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für den Wähler am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.
- (5) Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme der Wählerin oder des Wählers in dem von ihr oder ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind.
- (6) Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen.
- (7) Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.
- (8) Die Stimmabgabe in elektronischer Form ist während der regulären Öffnungszeiten auch im Wahlamt oder in dafür speziell benannten Räumlichkeiten möglich.
- (9) Die elektronische Stimmabgabe ist rechtzeitig erfolgt, wenn sie dem Wahlausschuss bis zum Ablauf der für die elektronische Stimmabgabe festgesetzten Tageszeit zugegangen ist.
- (10) Bei Durchführung der Online-Wahl ist die Briefwahl ausgeschlossen.

## § 16 Beginn und Ende der Online-Wahl

Beginn und Beendigung der Abstimmungszeit bei der Online-Wahl ist nur bei gleichzeitiger Autorisierung durch mindestens zwei berechnigte Personen zulässig. Berechnigte im Sinne von Satz 1 sind die Mitglieder der Wahlorgane nach § 6 Absatz 1 Satz 1.

## § 17 Störungen der Online-Wahl

- (1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Abstimmungszeit aus von der Hochschule zu vertretenen technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann die Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss den Abstimmungszeitraum verlängern. Die Verlängerung muss in geeigneter Weise bekannt gegeben werden.
- (2) Werden während der Online-Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und ist eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen, kann die Wahlleitung solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen abzubrechen. Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer in der Niederschrift zur Wahl zu vermerken. Im Falle des Abbruchs der Wahl entscheidet die Wahlleitung im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss über das weitere Verfahren.

## § 18 Technische Anforderungen

- (1) Online-Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.
- (2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wählerverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. Das Wählerverzeichnis soll auf einem hochschuleigenen Server gespeichert sein.
- (3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wählerinnen und Wähler, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.
- (4) Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspäh- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der



Stimmberechtigung der Wählerin oder des Wählers sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zur Wählerin oder zum Wähler möglich ist.

- (5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderung der Wahldaten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.
- (6) Die Wählerinnen und Wähler sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird; auf Beispiele kostenfreier Bezugsquellen geeigneter Software ist hinzuweisen. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch die Wählerin oder den Wähler verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

## **§ 19 Stimmabgabe bei Urnenwahl**

- (1) Der Abstimmungsausschuss leitet die Abstimmung und sorgt für einen ordnungsgemäßen Ablauf. Der Wahlraum darf während der Abstimmungszeit nicht abgeschlossen werden. Der Abstimmungsausschuss sorgt für die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze nach § 2 Absatz 1 Satz 1. Die Wahlberechtigten dürfen im Wahllokal weder durch Aushänge noch durch persönliche Anreden hinsichtlich ihrer Stimmabgabe beeinflusst werden.
- (2) Die oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses wahrt, unbeschadet des Hausrechts des Rektors, die Hausordnung. Wer die Ruhe und Ordnung der Abstimmung stört, kann aus dem Wahlraum gewiesen werden. Handelt es sich bei dem Störer um eine wahlberechtigte Person, so ist ihr, sofern dies mit der Ordnung im Wahlraum vereinbar ist, vorher Gelegenheit zur Stimmabgabe zu geben.
- (3) Die Wahlleitung bestimmt für jeden Wahlraum zwei verantwortliche Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer sowie erforderlichenfalls weitere Personen zu ihrer Unterstützung. Die Verantwortlichen sorgen für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl. Über die Wahlhandlung und besondere Vorkommnisse fertigen die Verantwortlichen ein Protokoll an.
- (4) Die Wahlleitung trifft Vorkehrungen, dass die Wählerinnen und Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen können. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. Die oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses hat sich unmittelbar vor Beginn der Stimmabgabe zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind; dann sind die Wahlurnen zu verschließen. Sie oder er trifft Vorkehrungen, dass die Wählerinnen und Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen können. Die Wahlurnen müssen so eingerichtet sein, dass die eingeworfenen Stimmzettel nicht vor Öffnung der Urne entnommen werden können. Die Stimmabgabe kann nach einzelnen Wahlen und Gruppen getrennt durchgeführt werden. Die Verwendung getrennter Wahlurnen ist zulässig.

- (5) Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens entweder zwei Mitglieder des Abstimmungsausschusses oder ein Mitglied des Abstimmungsausschusses und eine Wahlhelferin oder ein Wahlhelfer anwesend sein. Es sollen nicht ausschließlich Mitglieder einer Gruppe anwesend sein.
- (6) Die oder der Wahlberechtigte kann das Wahlrecht nur persönlich ausüben. Wahlberechtigte, die durch körperliche Beeinträchtigungen gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.
- (7) Vor Einwurf des Stimmzettels in die Urne hat sich die Wählerin oder der Wähler auf Verlangen auf die vorgesehene Weise auszuweisen und die Wahlberechtigung ist festzustellen. Dies geschieht durch die Überprüfung, ob die Wählerin oder der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Ist dies nicht der Fall, kann keine Stimmabgabe erfolgen. Die erfolgte Stimmabgabe ist im Wählerverzeichnis zu vermerken. Die Wählerverzeichnisse können während der Abstimmung nicht eingesehen werden. Der Abstimmungsausschuss ist während der Abstimmung nicht zur Auskunftserteilung verpflichtet.
- (8) Hatte die Wählerin oder der Wähler Briefwahl beantragt, so setzt die Stimmabgabe die Vorlage des Wahlscheins voraus.
- (9) Der Abstimmungsausschuss hat eine Stimmabgabe zurückzuweisen, wenn die Wählerin oder der Wähler
  1. nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt ist,
  2. sich auf Verlangen nicht in der vorgesehenen Weise ausweisen kann,
  3. bereits einen Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis hat, es sei denn sie oder er kann nachweisen, dass die Stimmabgabe tatsächlich noch nicht erfolgt ist,
  4. den Stimmzettel unter Verletzung des Wahlheimnisses gekennzeichnet hat,
  5. die Stimmabgabe zu erkennen gibt oder die Wahlunterlagen mit einem äußerlich erkennbaren Merkmal versehen hat,
  6. erkennbar einen oder mehrere nicht amtliche Stimmzettel oder Wahlumschläge verwendet,
  7. einen weiteren Gegenstand mit einwerfen will.
- (10) Wird die Abstimmungszeit unterbrochen, so haben die Mitglieder des Abstimmungsausschusses für die Dauer der Unterbrechung die Wahlurnen so zu verschließen und aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. Bei Wiedereröffnung der Wahl haben sie sich davon zu überzeugen, dass der Verschluss unversehrt ist.
- (11) Wird Die oder der Vorsitzende des Abstimmungsausschusses stellt den Ablauf der Abstimmungszeit am jeweiligen Wahltag fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten wählen. Der Abstimmungsausschuss sorgt dafür, dass die Wahlurnen nach Beendigung der Stimmabgabe versiegelt werden. Die Wahlleitung veranlasst, dass die Wahlurnen unverzüglich zur zentralen Stimmenauszählung abgeholt und die sonstigen Wahlunterlagen und Niederschriften übergeben werden.

- (12) Die Verantwortlichen sorgen dafür, dass die Wahlurnen nach Beendigung der Stimmabgabe versiegelt werden. Der Wahlleiter veranlasst, dass die Wahlurnen unverzüglich zur zentralen Stimmenauszählung abgeholt werden.
- (13) Über die Wahlhandlung und besondere Vorkommnisse fertigt jeder Abstimmungsausschuss eine Niederschrift an. Die Niederschrift hat mindestens zu enthalten
1. die Bezeichnung des Abstimmungsausschusses und die Funktionen und Namen seiner Mitglieder,
  2. den Wahltag oder die Wahltag sowie Beginn und Ende der jeweiligen Abstimmungszeit,
  3. die Zahl der Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis jeweils für jede Wahl und Mitgliedergruppe,
  4. die Unterschriften aller Mitglieder des Abstimmungsausschusses.

## § 20 Briefwahl

- (1) Briefwahl ist nur bei der Durchführung einer Urnenwahl zulässig.
- (2) Wahlberechtigte, die zum Zeitpunkt der Abstimmung verhindert sind, die Abstimmung im Wahlraum vorzunehmen, können von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen, wenn die Wahl als Urnenwahl stattfindet und sie dies bei der Wahlleitung spätestens drei Tage vor dem ersten Wahltag beantragen. Der Antrag kann auch elektronisch (E-Mail) oder per Faxe kopie gestellt werden. Die Wahlberechtigung ist festzustellen durch Überprüfung, ob die Wählerin oder der Wähler im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Ist dies nicht der Fall, kann keine Aushändigung oder Übersendung von Briefwahlunterlagen erfolgen. Die erfolgte Aushändigung oder Übersendung von Briefwahlunterlagen ist im Wählerverzeichnis zu vermerken.
- (3) Der oder dem Wahlberechtigten sind jeweils ein Stimmzettel mit amtlich gekennzeichnetem Wahlumschlag für jede Wahl, ein größerer Briefwahlumschlag, der die Anschrift der Wahlleitung und als Absender den Namen und die Anschrift der oder des Wahlberechtigten sowie den Vermerk "schriftliche Stimmabgabe" trägt, eine Briefwählerläuterung und ein Wahlschein auszuhändigen oder zu übersenden. Der Wahlschein wird von der Wahlleitung erteilt. Die Wahlleitung hat die Aushändigung oder Übersendung im Wählerverzeichnis zu vermerken. Die Briefwählerin oder der Briefwähler ist darauf hinzuweisen, dass sie oder er die Kosten der Übersendung zu tragen hat.
- (4) Die wahlberechtigte Person übt das Wahlrecht aus, indem sie die ausgefüllten Stimmzettel in die jeweiligen Wahlumschläge gibt und verschließt, diese zusammen mit dem unterschriebenen Wahlschein in den Briefwahlumschlag legt und den Wahlbrief der Wahlleitung verschlossen übersendet oder übergibt.
- (5) Die Stimmabgabe gilt als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief am letzten Wahltag bis zum Ende der Abstimmungszeit bei der Wahlleitung eingeht. Auf dem Wahlbrief ist der Tag des Eingangs, auf den am letzten Wahltag eingehenden Wahlbriefen auch die Uhrzeit zu vermerken. Die eingegangenen Wahlbriefe sind ungeöffnet unter Verschluss

aufzubewahren.

- (6) Unmittelbar vor Beginn der Stimmenauszählung werden die Wahlumschläge und Wahlscheine vom Abstimmungsausschuss den bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen und noch verschlossenen Briefwahlumschlägen entnommen, die Wahlscheine und die Stimmberechtigung überprüft und die Wahlumschläge nach Vermerk der Stimmabgabe im Wählerverzeichnis ungeöffnet in die Wahlurnen geworfen. Im Falle eines Verzichts auf Wahlumschläge bei der Stimmabgabe im Wahlraum werden zusätzlich unmittelbar vor Einwurf die Stimmzettel dem Wahlumschlag unter Beachtung des Wahlheimnisses entnommen und ohne entfaltet worden zu sein in die Wahlurne geworfen.
- (7) Die Briefwahl ist ungültig, wenn
1. der Wahlbrief verspätet eingegangen ist,
  2. der Wahlbrief unverschlossen war,
  3. die Wahl durch persönliche Stimmabgabe erfolgt ist,
  4. ein nichtamtlicher Wahlumschlag verwendet wurde oder im Fall von Satz 2 ein nichtamtlicher Stimmzettel verwendet wurde,
  5. der Wahlumschlag außer dem Stimmzettel einen von außen wahrnehmbaren Gegenstand oder eine Kennzeichnung enthält,
  6. dem Wahlbrief kein Wahlumschlag beiliegt oder der Stimmzettel sich nicht im Wahlumschlag befindet,
  7. der Wahlbrief keinen oder einen nicht unterschriebenen Briefwahlschein enthält.
- (8) Die ungültigen Wahlbriefe mit Inhalt hat die Wahlleitung, soweit möglich ungeöffnet, zu den Wahlunterlagen zu nehmen. Sie sind nach der Wahlprüfung datenschutzkonform zu vernichten.

## **§ 21 Ende der Abstimmung**

- (1) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses stellt bei Urnenwahl den Ablauf der Abstimmungszeit fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt und sind die den Wahlausschuss betreffenden Wahlbriefe nach § 20 Abs. 6 behandelt, so erklärt die oder der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen.
- (2) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses stellt bei Online-Wahl den Ablauf der des Online-Abstimmungszeitraums fest und erklärt die Abstimmung für geschlossen.

## **§ 22 Ermittlung des Abstimmungsergebnisses bei Urnenwahl**

- (1) Unverzüglich nach Abschluss der Wahlen lässt die Wahlleitung hochschulöffentlich die Auszählung der Stimmen vornehmen. Nach Öffnung der Wahlurnen wird die Zahl der in den Wahlurnen enthaltenen Stimmzettel mit der Zahl der nach dem Wählerverzeichnis abgegebenen Stimmzettel verglichen. Soweit sich Differenzen zwischen der Zahl der

abgegebenen Stimmzettel und der Zahl der Vermerke in dem Wählerverzeichnis ergeben, sind in jedem Fall die abgegebenen Stimmzettel zur Grundlage der Ergebnisermittlung zu machen.

- (2) Ungültige Stimmzettel bleiben bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unberücksichtigt.
- (3) Ungültig sind Stimmzettel
  1. die sich im Falle der Verwendung von Wahlumschlägen in einem nichtamtlichen Wahlumschlag oder in einem Wahlumschlag befinden, der vom Abstimmenden mit einem Merkmal versehen oder von diesem anderweitig gekennzeichnet oder verändert wurde,
  2. die als nichtamtlich erkennbar sind,
  3. die ganz durchgerissen oder ganz durchgestrichen sind,
  4. die neben der Stimmabgabe weitere Angaben oder Worte, zum Beispiel Bemerkungen oder Namen enthalten,
  5. aus denen sich der Wille des Abstimmenden nicht eindeutig ergibt,
  6. auf denen die zulässige Gesamtstimmenzahl oder die zulässige Stimmenzahl je Bewerberin oder Bewerber überschritten wurde,
  7. die keine Stimmabgabe enthalten.
- (4) Über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln, die zu Zweifeln Anlass geben, entscheidet die Wahlleitung. Die Entscheidung wird jeweils auf den Stimmzetteln vermerkt. Diese Stimmzettel werden mit fortlaufenden Nummern versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen verwahrt.
- (5) Die elektronische Auszählung und die Auszählung unter Nutzung elektronischer Hilfsmittel ist zulässig.
- (6) Die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zählen im Falle der Verhältniswahl die auf jede Liste und innerhalb jeder Liste auf die einzelnen Bewerberinnen oder Bewerber entfallenen gültigen Stimmen zusammen.
- (7) Im Falle der Mehrheitswahl werden die auf die einzelne Bewerberin und den einzelnen Bewerber entfallenen gültigen Stimmen zusammengezählt.
- (8) Findet die Ermittlung der Abstimmungsergebnisse aus besonderen Gründen nicht unmittelbar nach Schluss der Abstimmung statt, so gibt die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses mündlich bekannt, auf welchen Zeitpunkt sie vertagt wird. In diesem Fall ist die Wahlurne in Gegenwart des Wahlausschusses zu versiegeln und sorgfältig aufzubewahren. In der gleichen Weise sind die Stimmzettel sowie die übrigen Unterlagen bei jeder Unterbrechung der Stimmzählung für die Dauer der Abwesenheit des Wahlausschusses sicher zu verwahren.

## **§ 23 Feststellung des Wahlergebnisses bei Online-Wahl**

- (1) Unverzüglich nach Abschluss der Wahlen erhält der Wahlleiter das Wahlergebnis digital

übermittelt.

- (2) Über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Online-Stimmzetteln, die zu Zweifeln Anlass geben, entscheidet die Wahlleitung. Die Entscheidung wird durch eine entsprechende Niederschrift dokumentiert.
- (3) Im Übrigen gilt § 24.

## **§ 24 Feststellung des Wahlergebnisses, Wahlniederschrift**

- (1) Der Wahlausschuss ermittelt die Verteilung der Sitze und stellt das Wahlergebnis fest.
- (2) Im Falle der Mehrheitswahl sind die Bewerberinnen und Bewerber einer Gruppe in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenen Stimmzahlen gewählt. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Eine Bewerberin oder ein Bewerber, auf die oder den keine Stimme entfallen ist, ist nicht gewählt.
- (3) Im Falle der Verhältniswahl werden die Summen der auf die einzelnen Vorschlagslisten jeder Gruppe entfallenen gültigen Stimmen nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt. Auf die jeweils höchste Teilzahl (Höchstzahl) wird so lange ein Sitz zugeteilt, bis alle der Gruppe zustehenden Sitze auf die Wahlvorschläge verteilt sind. Die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber innerhalb einer Liste richtet sich nach der Zahl der auf sie entfallenen gültigen Stimmen; bei Bewerberinnen und Bewerbern mit gleicher Stimmzahl und solchen, auf die keine Stimmen entfallen sind, ist die Reihenfolge durch Los zu ermitteln. Gewählt sind so viele Bewerberinnen und Bewerber in der nach Satz 4 ermittelten Reihenfolge, wie der jeweiligen Gruppe Sitze zustehen.
- (4) Die Bewerberinnen und Bewerber, auf die kein Sitz entfällt, sind in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmzahlen als Stellvertretung festzustellen. Bei Verhältniswahl findet die Stellvertretung ausschließlich innerhalb eines jeden Wahlvorschlages statt. Eine Weiterübertragung des Stimmrechts ist ausgeschlossen. Einer Person können maximal zwei Stimmen übertragen werden. Eine Nachwahl findet nicht statt.
- (5) Die Wahlleitung fertigt nach der Feststellung eine Niederschrift über das Wahlergebnis. Die Niederschrift muss getrennt nach Wahlen und Gruppen enthalten
  1. die Namen der gewählten Bewerberinnen und Bewerber,
  2. die Namen der Stellvertreterinnen und Stellvertreter und ihre Reihenfolge nach erreichten Stimmzahlen,
  3. die Summe der abgegebenen Stimmen,
  4. die Anzahl der abgegebenen gültigen sowie ungültigen Stimmen,
  5. im Falle der Verhältniswahl die Zahl der auf jede Liste entfallenen gültigen Stimmen,
  6. die Errechnung der Sitzverteilung auf die Listen,
  7. die Zahl der innerhalb der Listen auf die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber entfallenen gültigen Stimmen, sowie ihre endgültige Reihenfolge auf den einzelnen Listen,
  8. im Falle der Mehrheitswahl die Zahl der auf jede Bewerberin und jeden Bewerber entfallenen gültigen Stimmen,

9. die Unterschriften aller Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlleitung.
- (6) Besondere Vorkommnisse bei der Feststellung des Wahlergebnisses sind in der Niederschrift zu vermerken. Der Niederschrift sind beizufügen
  1. die Niederschriften der Abstimmungsausschüsse,
  2. die Stimmzettel sowie die Wahlumschläge, Briefwahlscheine und Briefwahlumschläge aus der Briefwahl,
  3. die Wählerverzeichnisse,
  4. alle sonst entstandenen Urkunden und Schriftstücke oder elektronischen Speichermedien.

## **§ 25 Bekanntmachung des Wahlergebnisses, Benachrichtigung der Gewählten**

- (1) Das Wahlergebnis ist spätestens am Tag nach dem letzten Wahltag hochschulöffentlich bekannt zu machen. Es wird durch die Wahlleitung am Anschlagbrett „Amtliche Mitteilungen“ der Hochschule Aalen veröffentlicht oder an den dafür vorgesehenen Stellen ausgehängt bzw. ggf. in den entsprechenden Medien veröffentlicht.
- (2) Veröffentlicht werden die Angaben gemäß § 24 Abs. 5 wobei die Zahl der aufgeführten Stellvertretungen auf drei beschränkt werden kann (bei Verhältniswahl drei Stellvertreter pro Wahlvorschlag, bei Mehrheitswahl 3 Stellvertreter entsprechend Reihenfolge der Sitzverteilung). Daneben sind anzugeben getrennt nach Wahlen und Gruppen sowie jeweils insgesamt
  1. die Zahl der Wahlberechtigten,
  2. der Prozentsatz der Wahlbeteiligung.
- (3) Die Wahlleitung benachrichtigt unverzüglich die Gewählten sowie die gewählten Stellvertreter schriftlich über ihre Wahl. Abs. 2 Satz 1 gilt entsprechend.
- (4) Nimmt der Gewählte seine Wahl nicht innerhalb einer Frist von 14 Werktagen an, dann rückt der nächste Stellvertreter als Ersatzmitglied nach. Das Ersatzmitglied ist entsprechend Absatz 3 zu informieren.

## **§ 26 Wahlprüfung**

- (1) Die Wahlen sind mit der Bekanntmachung des Wahlergebnisses unbeschadet der durch den Wahlprüfungsausschuss durchzuführenden Wahlprüfung gültig. Der Wahlprüfungsausschuss hat innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses die Wahlen zu überprüfen.
- (2) Der Wahlprüfungsausschuss ist von der Rektorin oder dem Rektor vor dem Tag der Bekanntmachung des Wahlausschreibens (§ 8 Absatz 1) zu bestellen. Er besteht aus einer oder einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern, die Mitglieder der Hochschule sein müssen. Zu Mitgliedern des Wahlprüfungsausschusses können weder

- Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerber noch Mitglieder eines anderen Wahlorgans bestellt werden.
- (3) Zur Prüfung der Wahlen hat die Wahlleitung dem Wahlprüfungsausschuss unverzüglich nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses die Niederschriften mit den Anlagen, jedoch ohne die gültigen Stimmzettel, vorzulegen. Der Wahlprüfungsausschuss erstattet der Rektorin oder dem Rektor über die Wahlprüfung einen Bericht. Hält die Rektorin oder der Rektor aufgrund des Wahlprüfungsberichts die Feststellung des Wahlergebnisses für ungültig, so hat sie oder er diese aufzuheben und eine neue Feststellung anzuordnen oder die Wahl ganz oder teilweise für ungültig zu erklären und insoweit eine Wiederholungswahl anzuordnen.
  - (4) Wahlberechtigte können innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses gegen die Gültigkeit der Wahl bei der Wahlleitung unter Angabe der Gründe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch erheben. Die Wahlleitung legt den Widerspruch mit einer Stellungnahme unverzüglich dem Wahlprüfungsausschuss vor.
  - (5) Ist ein Widerspruch offensichtlich unbegründet oder können auf Grund des behaupteten Sachverhalts Auswirkungen auf die Sitzverteilung ausgeschlossen werden, weist der Wahlprüfungsausschuss den Widerspruch durch Beschluss zurück. Andernfalls legt er den Widerspruch mit einem Beschlussvorschlag dem Rektorat zur Entscheidung vor. Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend.
  - (6) Die Wahl ist ganz oder teilweise für ungültig zu erklären, wenn wesentliche Bestimmungen über das Wahlrecht, die Wählbarkeit, die Sitzverteilung oder das Wahlverfahren verletzt worden sind, es sei denn, dass die Verletzung sich nicht auf das Wahlergebnis auswirken konnte. Wirkt sich ein Verstoß nur auf das Wahlergebnis einer Mitgliedergruppe aus, so ist nur dieser Teil der Wahl für ungültig zu erklären.
  - (7) Wird eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, leitet die Wahlleitung unverzüglich insoweit die Wiederholung ein. Die Wahlwiederholung ist auf die betroffenen Gruppen zu beschränken. Im Wahlausschreiben ist der Grund für die Wahlwiederholung bekannt zu geben. Das Rektorat kann durch Beschluss, der öffentlich bekannt zu geben ist, von dieser Wahlordnung abweichende Bestimmungen über Fristen und andere Zeitangaben treffen, soweit gewährleistet ist, dass die Betroffenen ausreichend Gelegenheit erhalten, von dem Wahlausschreiben und der Wahlbekanntmachung Kenntnis zu nehmen. Bei der Wiederholungswahl wird nach denselben Wahlvorschlägen und auf Grund desselben Wählerverzeichnisses gewählt wie bei der für ungültig erklärten Wahl soweit die Rektorin oder der Rektor keine andere Entscheidung trifft. Im Übrigen finden die Vorschriften dieser Wahlordnung Anwendung.

## § 27 Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die Wahlunterlagen sind in der Regel nach Ablauf von drei Monaten nach Abschluss der Wahlprüfung, spätestens aber nach rechtskräftiger Entscheidung über die Anfechtung der Wahl, datenschutzkonform zu vernichten. Abweichend von Satz 1 sind die Bekanntmachung des Wahlergebnisses und die Wahl Niederschrift ohne Anlagen bis zum Abschluss der darauffolgenden Wahlen aufzubewahren.



## **§ 28 Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Eintritt von Ersatzmitgliedern, Nachwahl**

- (1) Die Wahlmitgliedschaft in Gremien erlischt durch
  1. Ablauf der Amtszeit- oder Wahlzeit,
  2. Verlust der Wählbarkeit, soweit die Rechte und Pflichten als Mitglied nicht lediglich ruhen,
  3. Wechsel der Mitgliedschaft in einer Fakultät oder einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung,
  4. Niederlegung des Amtes oder
  5. Ausscheiden aus sonstigem Grund.
- (2) Im Falle der Niederlegung des Amtes erlischt die Mitgliedschaft erst, wenn das Rektorat der Amtsniederlegung zustimmt; maßgeblich ist der Tag des Zugangs der Zustimmung bei dem Mitglied. In Fällen des Erlöschens der Mitgliedschaft während noch laufender Amtszeiten treten für den Rest der Amtszeit Ersatzmitglieder in die Gremien ein. Die Ersatzmitglieder werden in der Reihenfolge der nächsthöheren Stimmenzahl aus den Bewerberinnen und Bewerbern bestimmt, auf die kein Sitz entfallen ist, im Falle der Verhältniswahl nur innerhalb der jeweiligen Listen. § 24 Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt für die Mehrheitswahl und § 24 Absatz 3 Satz 4 für die Verhältniswahl entsprechend. Ist bis zum Ablauf einer Amtszeit noch kein neues Mitglied bestimmt, so übt das bisherige Mitglied sein Amt weiter aus.
- (3) Dem Erlöschen einer Mitgliedschaft in Gremien steht das Ruhen der Mitgliedschaft in Gremien gleich. Die Mitgliedschaft ruht im Falle einer Abwesenheit für die Dauer von mehr als sechs Monaten. Für den Zeitraum des Ruhens rücken die Ersatzmitglieder nach.
- (4) Die Ersatzmitglieder werden in der Reihenfolge der nächsthöheren Stimmenzahl den nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber derjenigen Vorschlagsliste entnommen, der die zu ersetzenden Mitglieder entstammen.
- (5) Sind in der jeweiligen Mitgliedergruppe keine Bewerberinnen und Bewerber mehr vorhanden oder ist die jeweilige Liste erschöpft, findet eine Nachwahl nur auf Antrag eines Mitglieds der im Gremium betroffenen Gruppe anlässlich des nächsten regulären Wahltermins der Gruppe der Studierenden statt und nur, wenn das nachzuwählende Mitglied zum Zeitpunkt der Feststellung des Wahlergebnisses sein Wahlmandat noch mehr als drei Monate ausüben kann.
- (6) Eines Antrags bedarf es nicht, wenn das ausgeschiedene Mitglied die einzige Vertreterin/der einzige Vertreter ihrer/seiner Gruppe im Gremium war.
- (7) Das Ende der Amtszeit eines nachgerückten Wahlmandatsträgers bestimmt sich so, als ob er sein Amt rechtzeitig angetreten hätte.

## **§ 29 Fristen**

- (1) Der Lauf einer Frist beginnt mit

1. der Zustellung oder
  2. der Veröffentlichung oder
  3. der Bekanntmachung  
eines Schriftstücks.
- (2) Der Tag der Zustellung/Veröffentlichung/Bekanntmachung wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgezählt. Wird mit dem Ablauf einer Frist eine weitere Frist in Gang gesetzt, wird dieser Tag des Ablaufs bei der Berechnung der weiteren Frist nicht mitgezählt. Auf Bekanntmachungen ist der Veröffentlichungstag zu vermerken.
- (3) Soweit nach dieser Wahlordnung ein Schriftstück innerhalb einer Frist beim Wahlleiter einzureichen ist, muss das Schriftstück zur Fristwahrung bis 24.00 Uhr des letzten Tages der Frist in den Briefkasten der Hochschule Aalen oder in das Postfach der Studentischen Abteilung eingeworfen oder bei der Wahlleitung abgegeben worden sein. Ausnahmen sind in dieser Wahlordnung geregelt.
- (4) Die Wahlleiter hält in einem Protokoll fest, welche die Wahl betreffenden Schriftstücke nicht fristgerecht eingegangen sind. Die in dieser Wahlordnung bestimmten Fristen und Termine verlängern oder ändern sich nicht dadurch, dass der letzte Tag der Frist oder ein Termin auf einen Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag fällt. Als Werktage im Sinne der Wahlordnung gelten nicht Samstage.

### **§ 30 Veränderungen in der Gruppenzugehörigkeit**

Ändert sich die Gruppenzugehörigkeit eines Gremienmitgliedes oder ergibt sich nachträglich, dass bei der Eintragung in das Verzeichnis der Wahlberechtigten von einer falschen Gruppenzugehörigkeit ausgegangen wurde, so scheidet dieses Mitglied aus dem Gremium aus. Die Regelungen über den Eintritt von Ersatzmitgliedern finden Anwendung.

### **§ 31 Stimmrechtsübertragung**

In Falle einer kurzzeitigen Verhinderung eines Wahlmitgliedes eines Gremiums ist eine schriftliche Stimmrechtsübertragung zulässig. Näheres regelt die Verfahrensordnung der Hochschule Aalen in ihrer jeweils gültigen Fassung.

## **Abschnitt 3 - Wahl der nebenamtlichen Rektoratsmitglieder, der Dekanatsmitglieder, der Studiendekaninnen und Studiendekane, der Studiengangskordinatorinnen und -kordinatoren sowie der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen**

### **§ 32 Wahl des nebenamtlichen Rektoratsmitglieds (Prorektorin oder Prorektor)**

- (1) Die Wahl des nebenamtlichen Rektoratsmitglieds erfolgt mittels geheimer Abstimmung. Der Senat bestimmt aus seiner Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter, die oder der die Wahl durchführt. Die Wahlleitung kann nicht übernehmen, wer selbst kandidiert. Die

Abstimmung findet in öffentlicher Sitzung statt.

- (2) Über den Vorschlag der Rektorin oder des Rektors wird im Senat mit einem Stimmzettel abgestimmt, der die Entscheidung für Ja oder Nein oder die Stimmenthaltung zulässt. Erhält die für das Amt der Prorektorin oder des Prorektors benannte Person im Senat nicht die erforderliche Mehrheit der Mitglieder, so übt die Rektorin oder der Rektor das Vorschlagsrecht erneut aus. Eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer, die bzw. der in dem Verfahren keine Mehrheit gefunden hat, kann erneut vorgeschlagen werden. Das Verfahren wird wiederholt, bis der Senat einen Vorschlag beschließt. Ist auch nach drei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit nicht zustande gekommen, kann ein neuer Wahltermin bestimmt werden.
- (3) Im Übrigen richtet sich das Wahlverfahren nach § 18 Absatz 6 LHG.

### **§ 33 Wahl der Dekanin oder des Dekans**

- (1) Die Dekanin oder der Dekan wird vom Fakultätsrat aus den der Fakultät angehörenden hauptberuflichen Professorinnen und Professoren in geheimer Abstimmung gewählt; die Rektorin oder der Rektor hat ein den Fakultätsrat nicht bindendes Vorschlagsrecht. Die Wahl soll rechtzeitig, in der Regel mindestens einen Monat vor dem Ende der Amtszeit stattfinden. § 32 Absatz 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.
- (2) Über den Vorschlag oder die Vorschläge nach Abs. 1 wird gemeinsam in einem Wahlgang abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Fakultätsratsmitglieder erreicht. Erreicht keine Kandidatin bzw. kein Kandidat die nach Satz 4 erforderliche Mehrheit, so ist im zweiten Wahlgang gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht.
- (3) Im Übrigen richtet sich das Wahlverfahren nach § 24 Absatz 3 LHG.

### **§ 34 Wahl der Dekanatsmitglieder sowie weiterer Studiendekaninnen oder Studiendekane und Studiengangskordinatorinnen oder -kordinatoren**

- (1) Für die Wahl der Prodekaninnen und Prodekane, der Studiendekaninnen und Studiendekane und der Studienkordinatorinnen oder -kordinatoren gelten § 33 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 sowie Satz 2 entsprechend. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Fakultätsratsmitglieder erreicht. Erreicht keine Kandidatin bzw. kein Kandidat die nach Satz 2 erforderliche Mehrheit, so ist im zweiten Wahlgang gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht. Für die Abstimmung gilt § 33 Absatz 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass das Vorschlagsrecht durch die Dekanin oder den Dekan ausgeübt wird.
- (2) Im Übrigen richtet sich das Wahlverfahren nach § 24 Absatz 4 bzw. Absatz 5 LHG.

### **§ 35 Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Vertreterinnen**

Die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Stellvertreterinnen werden in der Regel aus dem Kreis des an der Hochschule hauptberuflich tätigen weiblichen wissenschaftlichen Personals vom Senat gewählt (§ 4 Abs. 2 LHG).

### **§ 36 Bekanntgabe des Wahlergebnisses**

Die Wahl der Prorektorin oder des Prorektors, der Dekanin oder des Dekans und der weiteren Dekanatsmitglieder sowie der Gleichstellungsbeauftragten werden jeweils hochschulöffentlich bekannt gemacht.

### **§ 37 Nichtanwendbarkeit von Befangenheitsvorschriften**

Für die von den Gremien vorzunehmenden Wahlen und Vorschläge zu diesen Wahlen gelten die §§ 20 und 21 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes nicht.

### **§ 38 Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wahlordnung der Hochschule Aalen vom 22.06.2005, in der Fassung vom 13.02.2015 außer Kraft.

Aalen, 18. Februar 2019

*gez. Prof. Dr. Gerhard Schneider*

Prof. Dr. Gerhard Schneider

Rektor